

Anwesend:

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

1. Bürgermeister Fritz Langen

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Prof. Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Dr. Michael Schadewaldt

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Claus Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Gerold Tholen

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied der LAW

Ratsmitglied Johann Janssen

Mitglied der DP

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtkämmerer Heiko Hoff

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs

Fachbereichsleiter FB 10 - Peter Gniech

Fachbereichsleiter FB 13 - Arnold Preuß

Fachbereichsleiter FB 20 - Jörg Valnion

Fachbereichsleiterin FB 30 - Marion Fiedelak

Stellv. Fachbereichsleiter FB 61 - Frank Amerkamp

Sachbearbeiter FB 61 - Jürgen Bauer

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Beigeordneter Wilfrid Adam

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 5

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 4.1.1 56. Änderung, 1. Teilbereich des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven - RÜSTERSIELER GRODEN - Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss
- 4.1.2 Bebauungsplan Nr. 212 - RÜSTERSIELER GRODEN NORD / SÜDLICH NIEDERSACHSENDAMM - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Anträge zur Durchführung der „aktuellen Stunde“ lagen nicht vor.

4 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

4.1 Ausschuss für Planen und Bauen

4.1.1 56. Änderung, 1. Teilbereich des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven - RÜSTERSIELER GRODEN - Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss (Vorl.-Nr. 9/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.02.2008 vor.

Herr Prof. Reuter nahm Stellung zum Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken im Vergleich zu anderen alternativen Energien. In diesem Zusammenhang appellierte er, die im Vorfeld erstellten Gutachten und deren Ergebnisse ernst zu nehmen und ideologische Vorstellungen in den Hintergrund zu rücken.

Herr Janssen wendete ein, es gebe ebenso Gutachten, laut denen eine Energieversorgung auch ohne Kohlekraftwerke möglich sei. Die Aussagen zur Umweltverträglichkeit von Kohlekraftwerken könne er nicht teilen und wolle vor dem nicht unerheblichen Schadstoffausstoß warnen, der durch die künftigen Kraftwerke in Wilhelmshaven entstehe.

Herr Tjaden merkte an, für die Bürger gehe es hauptsächlich um die Frage, ob die Zahl der geplanten Kraftwerke tolerabel sei. Bis zu vier Kraftwerke könnten von keinem gewollt sein. Auch er habe außerdem feststellen können, dass es, wie bereits von Herrn Janssen erwähnt, ebenso zahlreiche Gutachten gebe, die zu anderen Ergebnissen kämen und eine Energieversorgung auch ohne Kohlekraftwerke für machbar hielten.

Eine Nachfrage von Herrn Tjaden zur Rechtskraft von Bebauungsplänen wurde daraufhin von Herrn Kottek beantwortet.

Herr Weerda widersprach der Aussage von Herrn Janssen zu den Schadstoffemissionen und mahnte, immer beide Seiten einer Angelegenheit zu betrachten.

Herr Biehl bemängelte die Informationspolitik hinsichtlich der tatsächlichen Zahl der Kraftwerke sowie den Umgang mit den Kritikern. Er könne nicht nachvollziehen, dass einerseits vom globalen Klimaschutz gesprochen werde, dies aber andererseits auf regionaler Ebene scheinbar unbeachtet gelassen werde. Abschließend verlieh er seiner Befürchtung Ausdruck, mit der Entscheidung für Wilhelmshaven als Kraftwerksstandort seien die Firmen den Weg des geringsten Widerstandes gegangen, da die Stadt sich und den Firmen die Entscheidung zu leicht gemacht habe.

Nach einem weiteren Einwand von Herrn Janssen betonte Herr Neumann erneut die Unmöglichkeit, die drohende Lücke in der Energieversorgung ohne weitere Kohlekraftwerke schließen zu können. Im Hinblick auf die Feinstaubbelastung könne er zwar die Bedenken der Bürger verstehen, wolle jedoch auf die in den Gutachten dargelegten Werte hinweisen, die die Unbedenklichkeit bescheinigten. Den weiteren Ausbau alternativer Energien halte er dennoch für ebenso wichtig.

Herr Dr. von Teichman begrüßte die Einmischung der Bürger in die Diskussion um die Ansiedlung. So sei es möglich gewesen, auch andere Sichtweisen in die Entscheidungsfindung einfließen lassen zu können. Nach Abwägung all dieser Informationen könne er dem Vorhaben nunmehr zustimmen. Anschließend begründete er ebenfalls den Bedarf an neuartiger Energie aus Kohlekraft und machte anhand verschiedener Beispiele darauf aufmerksam, dass auch die Stadt dazu beitrage, Energie zu sparen und damit den Ausstoß von CO² zu verringern. Darüber hinaus solle jeder Einzelne dazu aufgerufen, zur Verringerung des CO²-Ausstoßes beizutragen. Das könne nicht allein die Aufgabe der Kraftwerksbetreiber sein. Außerdem würden an dieser Entscheidung nicht zuletzt auch Arbeitsplätze hängen, da eine funktionierende Wirtschaft von der zur Verfügung stehenden Energie abhängig sei.

Oberbürgermeister Menzel bedauerte einmal mehr die oft fehlende Sachlichkeit in der Auseinandersetzung. Er appelliere außerdem, anstatt einer kategorischen Ablehnung der Ansiedlungen sinnvolle Alternativen vorzuschlagen. Eine wie auch immer ausfallende Entscheidung sei Ergebnis der Demokratie, die es zu akzeptieren gelte. Im Folgenden ging er kurz auf die verschiedenen vorgebrachten Argumente ein.

Nach einer Stellungnahme aus haushaltsrechtlicher Sicht von Herrn Hoff hielt Frau Aljets dem Vorwurf der mangelnden Informationspolitik entgegen, dass seitens der Verwaltung durchaus ausführlich über die Vorhaben informiert worden sei. Neben diversen für die Bürger durchgeführten Informationsveranstaltungen seien auch die Gutachten im Internet nachlesbar, so dass sich jeder mit ein wenig Interesse an der Sache umfassend habe informieren können.

Herr Dr. Schadewaldt schloss mit der Mahnung an die übrigen Ratsmitglieder, sich die Entscheidungsfindung nicht zu leicht zu machen. Er selber könne die Kritik an den Vorhaben in gewissem Maße nachvollziehen und wolle sich den Bitten anschließen, den Kritikern offen gegenüber zu stehen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen die 56. Änderung, 1. Teilbereich des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven - Rüstersieler Groden Nord - zur Feststellung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist der 56. Änderung, 1. Teilbereich des Flächennutzungsplanes von 1973 gem. § 5 Abs. 5 Baugesetzbuch beigelegt.

4.1.2 Bebauungsplan Nr. 212 - RÜSTERSIELER GRODEN NORD / SÜDLICH NIEDER-SACHSENDAMM - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss (Vorl.-Nr. 10/2008)

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 06.02.2008 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 212 - Rüstersieler Groden Nord / Südlich Niedersachsendamm - als Satzung.

Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-) beschlossen. Sie ist Bestandteil des Protokolls. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB wird beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigelegt.

B. Einwohnerfragestunde

*Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)*

Es lagen keine Fragen vor.

*Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

Es wurden keine Fragen zur Tagesordnung vorgetragen.

Die Einwohnerfragestunde wurde daraufhin geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:55 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin